

Besprechung der Spitzenverbände der Krankenkassen, des VDR, der BfA und der BA zu Fragen des gemeinsamen Meldeverfahrens am 28.04.2004

2. Änderung der Anlage 3 zum gemeinsamen Rundschreiben „Gemeinsames Meldeverfahren zur Kranken-, Pflege-, Renten- und Arbeitslosenversicherung“;  
hier: Zulassung von Meldungen ohne Versicherungsnummer bei geringfügigen Beschäftigten (Personengruppe 110)
- 

- 316.522/373.4 -

In der Besprechung der Spitzenorganisationen der Sozialversicherung zu Fragen des gemeinsamen Meldeverfahrens am 01./02.10.2003 (Punkt 2 der Niederschrift) wurde festgelegt, dass Meldungen mit Personengruppenschlüssel 110 bzw. 210 und Abgabegrund 40 sowie Meldezeitraum ab 01.04.2003 von der Bundesknappschaft auch dann verarbeitet werden, wenn zwar keine Versicherungsnummer, jedoch die Daten für die Vergabe einer Versicherungsnummer (Datenbausteine DBGB, ggf. DBEU) angegeben sind. Die erforderlichen Anträge auf Vergabe von Versicherungsnummern werden von der Bundesknappschaft an die Rentenversicherungsträger weitergeleitet.

Es wurde bei dieser Gelegenheit versäumt, die Anlage 3 des gemeinsamen Rundschreibens „Gemeinsames Meldeverfahren zur Kranken-, Pflege-, Renten- und Arbeitslosenversicherung“ entsprechend zu aktualisieren. Die Anmerkung zum Meldesachverhalt zum Beginn und Ende einer geringfügigen Beschäftigung nach § 8 Abs. 1 Nr. 2 SGB IV (kurzfristige Beschäftigung) widerspricht dem Besprechungsergebnis und ist daher zu entfernen.

Die Besprechungsteilnehmer beschließen für den Personengruppenschlüssel 110 an Stelle der Beschreibung des bisherigen Meldesachverhalts die Aufnahme von zwei Meldesachverhalten in die Anlage 3 des gemeinsamen Rundschreibens „Gemeinsames Meldeverfahren zur Kranken-, Pflege-, Renten- und Arbeitslosenversicherung“ (vgl. Anlage). Im ersten Meldesachverhalt liegt dem Arbeitgeber eine Versicherungsnummer vor. Im zweiten Meldesachverhalt ist die Versicherungsnummer noch nicht vergeben oder sie liegt dem Arbeitgeber nicht vor.

Anlage

- unbesetzt -